

## Entladene Wut

In Bagdads Grüner Zone sitzt die Obrigkeit, davor stehen die Demonstranten. Seite 3



## Eingelochte Bälle

Das Duell Europa gegen die USA lässt Golfer und Fans ausrasten. Seite 19

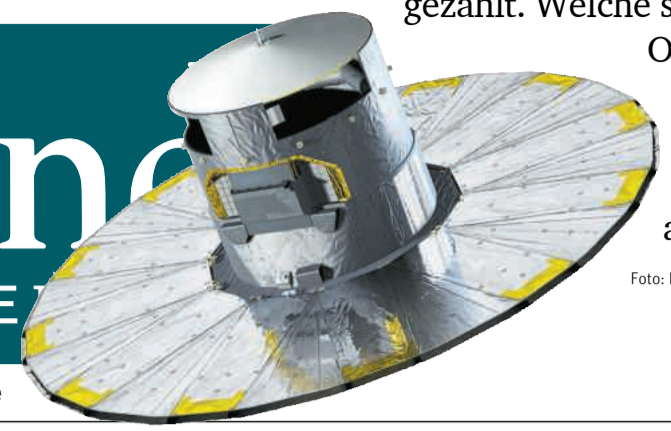
## Kartierte Sterne

Der Satellit »Gaia« hat bisher 1,14 Milliarden Sterne gezählt. Welche sich wo im Oktober am Himmel zeigen, lesen Sie auf Seite 20

Foto: ESA-D

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Freitag, 30. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 230 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Der böse Herr Draghi

Eva Roth über die Ablenkungsmanöver der CDU

Wenn EZB-Präsident Draghi mit Abgeordneten spricht, geschieht dies in der Regel in öffentlichen Sitzungen. Nur in Deutschland, wo die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank besonders umstritten ist, hat Draghi mit Abgeordneten des Europaausschusses hinter verschlossenen Türen geredet. Die Notenbank hat eine öffentliche Debatte gewünscht, doch die CDU wollte davon nichts wissen. Das ist ganz schwach.

Schließlich wirft die Union der EZB immer wieder eine falsche Politik vor. Ihre Nullzinspolitik sei verantwortlich dafür, dass die deutschen Sparer kaum noch Zinsen für ihr mühsam Ersparnis bekommen. Schlimm! Die Geschichte vom bösen Herrn Draghi will sich die Union mit einer breiten und öffentlichen Debatte über das Für und Wider von höheren Zinsen offenbar nicht kaputt machen lassen.

Die Geschichte vom bösen Herrn Draghi eignet sich auch hervorragend, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Natürlich kann die EZB nicht allein die Wirtschaft ankurbeln. Hier könnte der Staat mehr tun durch eine andere Wirtschaftspolitik. Doch die CDU pocht auf eine Sparpolitik in Deutschland und anderswo. Die Politik könnte auch durch gesetzliche Vorgaben dazu beitragen, dass gerade Geringverdienere höhere Löhne erhalten. Das würde vielen Menschen helfen. Die Haupteinnahmequelle der meisten Bürger sind nämlich ihre Gehälter und nicht die Zinsen für ihr Ersparnis. Aber auch diese Debatte mag die CDU nicht führen.

## UNTEN LINKS

Soeben ist die Tiefkühlabteilung des Rewe Centers in Heidelberg-Rohrbach mit dem »Tiefkühl Star 2016« ausgezeichnet worden. »nd« gratuliert zu dieser Auszeichnung für herausragende Sortimentsgestaltungen mit zukunftsweisendem Charakter, die das Potenzial von Tiefkühlkost innovativ präsentieren. Für das vorbildliche Lebensmittelgeschäft ist es nach dem »Supermarkt des Jahres« und dem »Deutschen Fruchtpreis 2016« bereits die dritte Ehrung in diesem Jahr – und das ist noch nicht zu Ende! Im Rennen ist der Top-Seller außerdem für die Millennium-Milch-Medaille, den Europäischen Spirituosens Preis, den Eurovision Smoke Contest, den Super Soup-bowl, den Bundespreis Backwaren, das Goldene Suppenhuhn, den Innovationspreis Reinigungsbedarf, den National Fish Award, Best of Banana Business sowie Deutschland sucht den Supermarkt. Damit nicht genug sind die Heidelberger nominiert für sage und schreibe 17 Obstoscars. Wir drücken die Daumen! rst

## Wir hätten da auch einen Vorschlag

Doppel? Quartett? Die Linkspartei debattiert über Spitzenkandidaturen



Foto: Reuters/Kai Pfaffenbach

Berlin. In der guten alten Zeit, also vor noch nicht allzu vielen Jahren, gab es im Berliner Bezirk Kreuzberg eine Kneipe namens Pinox, die mit einem schönen Plakat für sich warb: »Unser Kandidat«, hieß es da neben einem Bild von Karl Marx, »findet sich auf keiner Liste.«

In Zeiten, in denen die Linkspartei über Personalfragen diskutiert, erinnert man sich gern an diese Form der Nichtbewerbung zurück. Seit einer Sitzung am Montag wird viel über mögliche und unmögliche Duos oder Quartette gesprochen: Die Fraktionschefs Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch würden gern die Doppelspitze bilden – bei den Par-

teivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riechinger kam ein entsprechender Vorstoß nicht so gut an. Worte wie »Selbstkrönung« machten die Runde – und wurden gleich wieder demontiert. Auch wurden Rufe nach einem Mitgliederentscheid laut, die Parteispitze pocht zudem auf ihr Vorschlagsrecht.

Großen Beifall fand das Thema nicht. »Sagt ihr mir Bescheid«, kommentierte den plötzlichen Personalstreit jemand im Kurznachrichtendienst Twitter, »wenn die LINKE fertig diskutiert hat, ob sie 2, 4, 8 oder 32 Kanzlerinnen stellen will?« Man kann das so verstehen: Eigentlich gibt es Wichtigeres zu bereden.

Oder, mit Marx gesprochen: Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Personaldebatten.

Das würde vielleicht im Osten etwas bringen. Als sie noch PDS hieß, reüssierte sie dort auch jenseits des links regierten Thüringen als »Volkspartei«. Lässt sich daran wieder anschließen? Einfach wird es sicher nicht, das weiß auch die neue Ost-Koordinatorin der linken Bundestagsfraktion, Susanna Karawanskji. Wir haben mit ihr über »aufsuchende Parteiarbeit«, den Rechtsruck nicht nur in Sachsen und den Erfahrungsvorsprung Ost gesprochen. tos

Seiten 2, 4 und 5

## EU klagt gegen deutsche Pkw-Maut

Kommission sieht Benachteiligung ausländischer Autofahrer durch geplante Abgabe

Im Mautstreit mit Deutschland zündet die EU-Kommission die nächste Stufe. Der Europäische Gerichtshof soll entscheiden, ob die Regelung ausländischer Autofahrer benachteiligt.

Brüssel. Den zähen Streit um die deutsche Pkw-Maut soll nun der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Die geplante Abgabe stelle eine Diskriminierung ausländischer Autofahrer dar, erklärte die EU-Kommission am Donnerstag. Deswegen wolle man im Streit mit Berlin vor den EuGH ziehen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) begrüßte, dass damit bald Klarheit herrschen werde.

Die EU-Kommission hatte im Juni 2015 ein Verfahren wegen Verletzung von EU-Recht eingeleitet. Aus ihrer Sicht werden Ausländer benachteiligt. Zwar sollen sowohl In- als auch Ausländer die Maut zahlen müssen. Doch Inländer würden im Ge-

genzug bei der Kfz-Steuer entlastet, und zwar in Höhe der Mautgebühren. Die Maut soll nach Dobrindts Vorstellung für inländische Autobesitzer auf Autobahnen und Bundesstraßen, für Pkw-Fahrer aus dem Ausland nur auf Autobahnen gelten.

Im Schnitt würde sie 74 Euro im Jahr betragen, je nach Größe und Umweltfreundlichkeit des Fahrzeuges. Für Ausländer gäbe es zudem eine gestaffelte Zehn-Tages- und Zwei-Monats-Maut für 5 bis 30 Euro. Die Preise für Kurzzeitvignetten hält die EU-Kommission für unverhältnismäßig hoch.

Wenn die Maut umgesetzt werde, würde sie de facto dazu führen, dass deutsche Autohalter von der Straßennutzungsgebühr befreit seien, sagte eine Sprecherin der EU-Kommission. Sie gab sich aber gesprächsbereit. In den vergangenen Monaten waren verschiedene Schriftsätze zwischen Brüssel und Berlin hin und her ge-

gangen. Trotzdem seien die Belangen nicht ausgeräumt worden, so die Behörde.

Dobrindt gab sich erleichtert: »Endlich macht die Kommission den nächsten Schritt im Streit um die Infrastrukturabgabe«, sagte er. »Die Entscheidung ist längst überfällig. Brüssel hat das Verfahren schon viel zu lange verzögert«, so der Minister. Der Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof werde bestätigen, dass die Infrastrukturabgabe europarechtskonform sei, meinte Dobrindt. Man erwarte ein zügiges Verfahren, damit die Abgabe technisch umgesetzt werden könne.

Dass kein Inländer extra belastet werden darf, ist im Koalitionsvertrag verankert. Das umkämpfte Prestigeobjekt der CSU ist seit einem Jahr beschlossen. Autobahnen und Bundesstraßen sind für Pkw aus dem In- und Ausland weiter gratis.

Nach europäischem Recht dürfen EU-Länder Straßennutzungs-

gebühren einführen. Eine Gebühr dürfe aber nicht auf Grund der Staatsangehörigkeit diskriminieren, hatte Verkehrskommissarin Violeta Bulc gesagt. Dobrindt hatte dagegen auf der Rechtmäßigkeit der Regelung beharrt. Laut Prognosen aus seinem Ministerium soll die Abgabe 500 Millionen Euro jährlich einbringen. Kritiker bezweifeln jedoch, dass so viel durch die Maut eingenommen wird. dpa/nd Kommentar Seite 4

### Lesen Sie morgen im wochen-nd

Orientalisch orientiert: Moscheebau in Europa  
Utopischer als Utopia: Realexistierende DDR  
Matsch and more: Ein japanischer Erdkoch

## Debatte mit Draghi: Öffentlichkeit ausgeschlossen

CDU verteidigt Entscheidung

Berlin. Die CDU/CSU-Fraktion hat die Entscheidung verteidigt, die Öffentlichkeit von dem Gespräch zwischen EZB-Chef Mario Draghi und Bundestagsabgeordneten auszuschließen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank hatte am Mittwoch mit Mitgliedern des Europa-Ausschusses gesprochen. Die Geschäftsordnung sehe vor, dass diese Sitzungen nicht öffentlich seien, und dies sei auch richtig, sagte eine Sprecherin der Unionsfraktion am Donnerstag. Der EZB wäre dagegen nach eigenen Angaben eine öffentliche Debatte lieber gewesen. Dies hatten laut »Süddeutscher Zeitung« auch andere Fraktionen befürwortet.

Draghis Eingangsstatement blieb dennoch nicht geheim: Die EZB veröffentlichte es auf ihrer Internet-Seite. Außerdem gab Draghi vor dem Treffen eine Pressekonferenz. Die Geldpolitik der Notenbank trage zur wirtschaftlichen Erholung bei, erklärte er. Kritiker bemängeln hingegen, die Nullzinspolitik schade Sparern. nd

## Zschäpe spricht, ohne etwas zu sagen

NSU-Prozess: Hauptangeklagte verliert kurze Erklärung

München. Nach dreieinhalb Jahren des Schweigens hat die mutmaßliche Rechtsterroristin Beate Zschäpe im Münchner NSU-Prozess zum ersten Mal persönlich das Wort ergriffen. Sie bedauere ihr »Fehlverhalten« und verurteile, was ihre Freunde Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt den Opfern »angetan haben«, sagte sie am Donnerstag in einer kurzen Erklärung vor dem Münchner Oberlandesgericht. Zudem distanzierte sich die Hauptangeklagte von »nationalistischem Gedankengut«. In der kurzen Erklärung, die sie von einem Blatt Papier ablas, räumte Zschäpe ein, sich früher »durchaus mit Teilen des nationalistischen Gedankenguts« identifiziert zu haben. Dies sei heute jedoch nicht mehr so. »Heute beurteile ich Menschen nicht nach Herkunft und politischer Einstellung, sondern nach Benehmen.« Die Erklärung dauerte etwa eine Minute.

Fragen der NSU-Opfer und von deren Anwälten will Zschäpe aber immer noch nicht beantworten, auch nicht schriftlich. Das bekräftigte ein Anwalt Zschäpes. dpa/nd

## Kritik an Politik der Abschottung

Amnesty und Pro Asyl warnen vor Aufweichung des Asylrechts

Berlin. Deutschland und die EU insgesamt haben nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International und Pro Asyl mit einem Abbau des Asylrechts begonnen, der den Wertebestand der Gemeinschaft in Frage stellt. Anlässlich des jährlich als Teil der Interkulturellen Woche begangenen Tags des Flüchtlings äußerten sich beide Organisationen am Donnerstag höchst besorgt über die derzeitige Praxis der Flüchtlingsabweisung wie über die Pläne zur Veränderung der sogenannten Dublin-Regelungen. Nach einem »Sommer der Hoffnung« folge nun ein »Herbst der Restriktionen«, sagte der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt. Wiebke Judith von Amnesty International warnte zudem vor einer Zusammenarbeit mit Staaten wie Ägypten oder Sudan in der Flüchtlingspolitik, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Künftig läuft jeder Flüchtling Gefahr, ohne Prüfung seiner individuellen Fluchtgründe in einen Nicht-EU-Staat abgeschoben zu werden. nd/epd Seite 6

ISSN 0323-3375



4 198662 501709